

Politik und Laizismus heute

Früher waren die Verhältnisse zwischen politischen Parteien und den Kirchen meist klarer als heute. Parteien, die sich als "christlich" deklarierten, taten das, was ihnen die Kirchenoberen vorsagten. Waren also vormodern oder klerikalfaschistisch. Die Arbeiterparteien waren religionskritisch, zwar nicht unbedingt mit voller Wucht gegen Religionen an sich, aber gegen die politische Einflussnahme der Kirchenfunktionäre. In Österreich war in früheren Zeiten der "Freidenkerbund" eine Vorfelddorganisation der Sozialdemokratie mit zehntausenden Mitgliedern.

Als nach 1945 die katholische Kirche - als Folge ihres elenden Scheiterns mit der klerikalfaschistischen Diktatur - der direkten politischen Einmischung entsagte, verschwand auch der Antiklerikalismus der Linken. Der von den Klerikalfaschisten verbotene Freidenkerbund wurde in Österreich zwar von einigen der früheren Funktionären neu gegründet, ohne Unterstützung durch das sozialdemokratische Umfeld blieb er jedoch eine Kleingruppe, die nie wieder an ihre früheren Positionen anknüpfen konnte.



Religion verlor Einfluss

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigte allerdings, dass es nicht die antiklerikale Agitation ist, die der Religion schadet, sondern dass die gesellschaftliche Entwicklung den Niedergang verursacht. Zunehmende Bildung, wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Abbau der Gottesfurcht erleichterten ein religionsfernes, ein religionsloses Leben entscheidend. Der Säkularismus wurde innerhalb von zwei Generationen zur Selbstverständlichkeit, die Mitgliedschaft in einer Kirche zu einer gesinnungsmäßig verpflichtungslosen Tradition. Die Weitergabe religiöser Traditionen im Familienverband kam weitgehend zum Erliegen, was die entscheidende frühkindliche religiöse Konditionierung verschwinden ließ und damit dem Großteil der heutigen Menschen ein quasi atheistisches Leben ermöglicht, was den Menschen häufig allerdings gar nicht wirklich bewusst ist. Sie gehen nie in die Kirche, kämen nie auf die Idee, Gebete zu verrichten, ignorieren die vorsintflutlichen Wertevorstellungen von Papst und Kirche, aber sie sind zu einem hohen Prozentsatz "katholisch".



Im Frühjahr 2010 wurde eine IMAS-Umfrage über das religiöse Verhalten in Österreich veröffentlicht. Demnach äußerten nur 25 Prozent der Befragten, dass sie an einen "leibhaftigen Gott" glaubten, die Umrechnung auf den Katholikenanteil in der österreichischen Bevölkerung lässt vermuten, dass bis zu Zweidrittel der Katholiken nicht an GOTT VATER, GOTT SOHN, GOTT HL. GEIST glauben. 34 Prozent der Befragten akzeptierten die berühmte nicht näher definierbare "höhere Macht", 21 Prozent konnten sich nicht entscheiden, was sie glauben sollten, 13 Prozent deklarierten sich als Nichtglaubende, also als Atheisten, 7 Prozent ließen sich in keine der angeführten Kategorien einfügen. Somit ist die stärkste Gruppe die, welche sich keine religiöse Gedanken macht, aber vorsichtshalber auch nicht ausschließt, es könne doch "was" geben. Aber dieses "Was" wird nicht angebetet, für dieses "Was" geht man in keine Kirche. Man zahlt jedoch vorsichtshalber Kirchensteuer. Weil wenn doch "was" dran ist, man war ja vorsichtshalber eh katholisch.

Antiklerikale rechts und links



Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang auch noch, dass die Deutschnationalen in früheren Zeiten ebenfalls engagiert antiklerikal waren, der Gründer der "Alldeutschen" in Österreich, Georg von Schönerer, startete in der österreichischen Monarchie sogar Kirchenaustrittsaktionen, die "Los von Rom"-Bewegung.

Hitlers Nazis scheuten zwar die direkte Konfrontation mit der katholischen Kirche, konfessionslose "Gottgläubigkeit" war jedoch nicht ungerne gesehen. Ein "Hit" seinerzeitiger deutscher Gesänge war das "Heidenlied": "Was hat einer deutschen Mutter Sohn mit Papst und mit den Pfaffen zu schaffen".

Allerdings waren diese Kreise nicht atheistisch, sie glaubten ans Deutschvolk und seine herrenmenschliche Bestimmung, an die göttliche Vorsehung und dergleichen.

In der heutigen FPÖ ist das (zumindest nach außen) verschwunden, man hat im Wahlkampf der EU-Wahl von 2009 sogar ausgesprochen christlich agitiert, FPÖ-Chef Strache setzte sich fürs "Abendland in Christenhand" ein und erlitt damit eine veritable Niederlage. Da half es nicht einmal, dass sich Strache nachträglich sogar firmen hatte lassen. Wieder der Christenhand ausgeliefert zu werden, das wollten die Wähler nicht so sehr. Das BZÖ sei hier nicht extra angeführt, weil diese Partei möglicherweise für ihr politisches Leben darauf angewiesen sein wird, dass Jörg Haider aufersteht, was einen doch eher geringen Wahrscheinlichkeitsgrad haben dürfte.



In Österreich sind die **GRÜNEN** die Partei, die in Bezug auf Religion der Lebenspraxis der Menschen am nächsten kommt. Da diese Partei jedoch auf den meisten anderen Lebensgebieten keine Ahnung von den Sorgen, Ängsten und Wünschen der Menschen hat, nutzt diese Religionsferne den Grünen nicht sehr viel. Man kann vermutlich auch schlecht auf der einen Seite den Zugriff der Christenhand zurückweisen und auf der anderen Seite die große Toleranz gegenüber einer noch weit gestriger religiösen Ideologie als unabdingbar deklarieren. Wer keine "Christenhand" auf seiner Schulter fühlen will, hat auch ziemlich sicher ebenso kein Verlangen danach, die Ausweitung islamischen Religionseifers zu begrüßen.

Der frühere Grünen-Sprecher Alexander Van der Bellen wurde übrigens in einem Wahlkampf wegen seines Bekenntnisses, Agnostiker zu sein, mit Teufelshörnern karikiert.

Die **Sozialdemokratie** ist weiterhin opportunistisch. Seinerzeit deklarierte sich Bruno Kreisky zwar offiziell als "Agnostiker", es kam ihm gelegentlich auch ein atheistischer Sager aus, dass er beim FREIDENKERBUND war, wussten jedoch nur einige Vorstandsmitglieder dieses Vereines. Später hat es leider führende Funktionäre in der SPÖ gegeben, die im jugendlichen Alter aus der Kirche ausgetreten waren, im ansteigenden Alter und mit ansteigenden Positionen freilich wieder in den Schoß von "Mutter Kirche" zurückkehrten. Ein besonders albernes und übles Beispiel lieferte diesbezüglich Bundeskanzler Werner Faymann.



Anlässlich der damals bevorstehenden Nationalratswahl erschien am 17. September 2008 in der WIENER ZEITUNG dieser Leserbrief: *Anfang September jährte sich der Besuch von Papst Benedikt XVI. in Österreich. Ein Besuch, der ganz Österreich positiv geprägt hat. Werner Faymann war wohl nicht der Meinung, dass dessen Vorgänger, Papst Johannes Paul II., noch um vieles völkerverbindender war. Ich war 1983 selbst Zeuge, als der damalige SJ-Vorsitzende Faymann eine Hetzkampagne gegen den Papstbesuch gestartet hat. Bei einem "Anti-Papst-Fest" hat dieser selbst "Papst raus"-T-Shirts verteilt und "Kirchenaustrittsberatungsstellen" eingerichtet. Wie Faymann, der die umfassende Toleranz predigt und andererseits die religiösen Gefühle der Österreicher mit Füßen tritt, glaubwürdig erscheinen soll, ist für mich unbegreiflich!*

Faymann bekannte sich natürlich nicht zu solchen Taten. Nein, er ließ wissen "Ich bin Mitglied der katholischen Kirche und ich bin gläubig." Katholisch war er wieder geworden, dass er plötzlich auch wieder "gläubig" geworden wäre, darf dann doch heftig angezweifelt werden. Aber so ist die Situation. Man geht nicht in die Kirche, führt ein ganz gewöhnliches religionsloses Alltagsleben wie achtzig oder neunzig Prozent der anderen Leute auch, aber man heuchelt in der Öffentlichkeit religiöses Interesse, weil man sich nicht sicher ist, ob zuwenig Religion beim Wahlvolk nicht vielleicht schlecht ankommen könnte.



Großes religionsfreies Wählerreservoir in Österreich

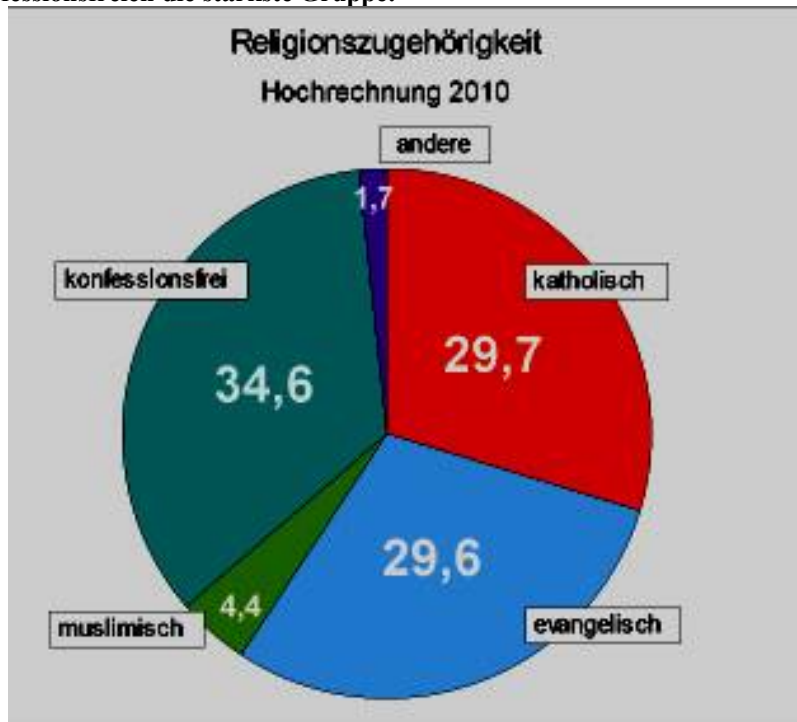
In Österreich ist nicht zu erwarten, dass sich in den politischen Parteien irgendwer damit befasst, dass nur einige hunderttausend ÖsterreicherInnen tatsächlich religiös praktizierend sind, aber die Zahl der Konfessionsfreien ständig steigt, man rechnet damit, dass die Zweimillionengrenze in der nächsten Zeit überschritten wird. Also hier ein beachtliches Wählerpotenzial frei läge, wo man mit Sprüchen wie "ich bin Mitglied der katholischen Kirche und ich bin gläubig" kaum was reißen wird. Und zudem Leute, die solche Sprüche gerne hören, sowieso ÖVP wählen.

Wir haben zurzeit in Österreich mit der ÖVP eine deklariert christliche Partei, für einen Atheisten ist so eine Partei absolut unwählbar. Wir haben mit der FPÖ eine Partei, die einen religiösen Kulturkampf führen will, also einen Kampf christlicher Vorzeit gegen islamische Vorgestrigkeit.

Wir haben mit den GRÜNEN eine Partei, die dem "christlichen Abendland" abhold ist, aber dem migrantischen islamischen Morgenland völlig kritiklos gegenübersteht, ja Islamkritik als politisch-moralische Todsünde sieht. Wir haben mit der SPÖ eine Partei, die diesbezüglich einen einseitigen Opportunismus pflegt, also im Zweifelsfall lieber katholisch als säkular ist.

Zum Vergleich: Laizistische Bemühungen in Deutschland

Dort sind die Konfessionsfreien die stärkste Gruppe:



Dazu ein paar aktuelle Zahlen von Prof. Dr. Renate Köcher vom INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH: 60 % sind in der Kirche wie o.a., aber nur 42 % der Bevölkerung bezeichnen sich als *religiös*, und nur 31% ist die *Religion wichtig*. Damit ergeben die Zahlen der tatsächlichen Religiosität noch ein ganz anderes Bild. Die bereinigte Darstellung müsste **58 % Nichtreligiöse** zeigen, und für Evangelische und Katholische jeweils nur **19 %!**

Diese Verhältnisse bewegen nun in der politischen Parteien der BRD Laizisten dazu, sich bemerkbar zu machen, sich zu organisieren, dazu hier ein Bericht von **Wilfried Müller vom bfg¹ München**:

Für die Trennung von Staat und Religion, heißt das neue Motto in den nicht-konservativen Parteien. Endlich kommt dort das an, was der **bfg** und andere freigeistige Organisationen schon so lange fordern.

Die Linke führt eine Programm-Diskussion mit konkreter Kritik an den kirchlichen Arbeitsbedingungen: *Warum halten die christlichen Kirchen immer noch am Sonderstatus (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 139 Weimarer Verfassung) fest und machen damit ihre Beschäftigten zu Arbeitnehmern 2. Klasse?* Das bedeutet konkret:

- Kein wirklicher Betriebsrat mit echten Mitbestimmungsrechten
- Kein selbstbestimmtes Privatleben, wenn es von den Regeln der Kirche - wie z.B. bei den katholischen Richtlinien abweicht (Entlassung bei Scheidung oder sogenannter wilder Ehe)
- Kein wirklicher Tarifvertrag - der zu abgesicherten Rechten führt, weil die bloße Anlehnung an der TVÖD kein geltend zu machendes Recht darstellt usw. usw.
- Warum müssen wir immer noch
 - - staatlich bezahlte Militärpfarrer
 - - staatlich bezahlte Religionslehrer und Theologen
 - - 85-prozentig zuschussfinanzierte sozial-klerikale Einrichtungen und Krankenhäuser u.v.m. haben?

Trennung von Staat und Religion ist notwendig, weil Religion und Weltanschauung Privatsache ist.

Als aktuelles Beispiel: Die laizistische Arbeitsgemeinschaft an die Jahreshauptversammlung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Köln am 30. Oktober 2010:

Die Frage der Trennung von Staat und Kirche ist so alt wie die meisten bürgerlichen und sozialistischen Bewegungen! Bereits die frühen bürgerlichen Revolutionen stellten die gottgewollte Ordnung, die mit den Kirchen ideologisch untermauert wurde in Frage. Ebenso haben die frühen sozialistischen Bewegungen und Parteien den Kampf gegen das Dogma der Kirchen auf ihre Tagesordnung erhoben und hatten ganze programmatische Abschnitte zu diesem Thema. Das gilt vor allen Dingen für die Unterdrückung der Frau in allen patriarchalischen Kirchen und Religionen. So können wir feststellen, dass seit der französischen Revolution diese Frage bei allen fortschrittlichen Menschen Programm war.

Auch heute sind die klerikalen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie auf dem Lande noch einen monopolartigen Einfluss und enthalten ihren Beschäftigten viele Arbeitnehmer- und Bürgerrechte vor.

¹ Bund für Geistesfreiheit

Dazu gehören: - das Recht auf einen Betriebsrat der echte Mitbestimmungsrechte besitzt - das Recht ein selbstbestimmtes privates Leben zu führen (geschiedene Beschäftigte oder nicht verheiratet zusammen lebende Paare können ihren Arbeitsplatz verlieren wie z.B. in katholischen Einrichtungen und Betrieben. - das Recht auf einen menschenwürdigen Tarifvertrag.

Obwohl auch soziale kirchliche Träger selbst 1-€-Jobs kritisieren, hat z.B. Caritas über 10.000 solcher Arbeitsverhältnisse im modernen Sklavenstatus eingerichtet und profitiert davon. Deshalb sind folgen Forderungen in die zentrale Parteiprogrammatik mit aufzunehmen:

1. Konsequente Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere Anerkennung und Achtung der Weltanschauungs- und Gewissensfreiheit. Dies ist auf Dauer nur in einer selbstbestimmten von der Mehrheit der Bevölkerung bestimmten Gesellschaftsordnung möglich. Dies bedingt die Ablehnung der menschenverachtenden Ideologien und Praktiken sowie eine konsequente antifaschistische- und antirassistische Einstellung..
2. Strikte Trennung des Staates und seiner Organe gegenüber allen Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften, sowie Kirchen und deren Organisationen und Verbände.
3. Abschaffung der Konkordate und Kirchenverträge sowie des Subsidiaritätsprinzips (Nach- Rangigkeit öffentlicher hinter kirchlichen) Einrichtungen.
4. Einrichtung von religions- und vorurteilsfreien Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.
5. Verbot des religiösen Einflusses auf die Hochschulen und Universitäten.
6. Aufbau und Förderung von religionsfreien Sozialeinrichtungen, sozialer Dienste und Initiativen.
7. Recht auf gleichwertige Verbreitung einer konfessionsfreien Weltanschauung, eines fortschrittlichen Kulturverständnisses mit dem Ziel, Toleranz und Völkerfreundschaft auf allen Gebieten der Kultur und Kunst zu fördern und zu erreichen.

In der SPD wird ein Arbeitskreis laizistischer Genossen gebildet:

„Es geht um Gleichbehandlung und Gleichberechtigung“, so **Michael Bauer**, der Sprecher der „sozialen und demokratischen LaizistInnen“, und **„der gegenwärtigen religiösen Pluralität in Deutschland müsse Rechnung getragen werden.“**



Pressemitteilung vom 16.10.2010:

Die SPD soll sich stärker für die Trennung von Staat und Kirche einsetzen – das forderte am vergangenen Wochenende die Versammlung der SPD-Mitglieder, die einen solchen Arbeitskreis einrichten lassen wollen. Über 50 Genossinnen und Genossen waren aus ganz Deutschland zusammengekommen, um Ziele und Selbstverständnis der neuen Gruppierung in der SPD zu erarbeiten. Die Gründung wurde seit über zwei Jahren über verschiedene Internetforen vorbereitet. Insgesamt gehören der Gruppe bereits mehr als 400 SPD-Mitglieder an.

Angesichts einer immer vielfältigeren Gesellschaft mit mehr Religionsgemeinschaften und zugleich immer weniger religiösen und konfessionell gebundenen Menschen ist ein in Glaubensfragen neutraler Staat das Gebot der heutigen Zeit, war man sich einig.

Die Gruppe versteht sich auch, analog zu den Arbeitskreisen der Christinnen und Christen und der jüdischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als eine Vertretung der Konfessionsfreien in der SPD. Bereits etwa 28 Millionen Menschen in Deutschland haben keine religiösen Bindungen mehr. Angesichts der großen Tradition von Humanismus und Aufklärung in der SPD muss gerade die Sozialdemokratie für diese Menschen offen und attraktiv sein, meinten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung.

Zwar sollen sich auch die konfessionsfreien, humanistischen, atheistischen und agnostischen SPD-Mitglieder in der Gruppierung inhaltlich wiederfinden, gleichzeitig aber sind alle religiösen Genossinnen und Genossen, die sich einen weltanschaulich neutralen Staat wünschen, ebenso willkommen. Dementsprechend finden sich auch schon eine ganze Reihe Christen, Juden, Moslems und auch Buddhisten unter den bisherigen Unterstützerinnen und Unterstützern.

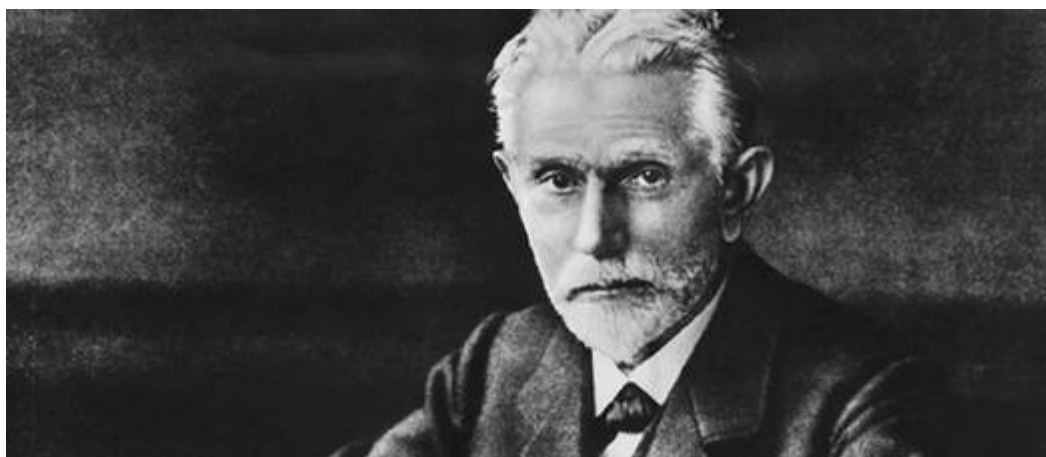
Die im Grundgesetz vorgesehene religiöse Neutralität wird im Alltag der Bundesrepublik allzu oft verletzt. Die Artikel 4 (Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses) und 140 (Gleichbehandlung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften) werden in vielen Bereichen nicht beachtet. Deshalb reichen die Fragen, die thematisiert werden, vom Kreuz in Schule und Gerichtssaal bis zum Ethikunterricht. Zu letzterem forderte die Versammlung die bundesweite Einführung eines Modells wie in Berlin und Brandenburg, wo es einen für alle verpflichtenden gemeinsamen Ethikunterricht gibt. Ergänzend dazu wird dort ein Religionsunterricht auf freiwilliger Basis angeboten.

Die immer umstritteneren Staatsleistungen an die Kirchen sollen, wie im Grundgesetz gefordert und in den Niederlanden bereits geschehen, abgelöst werden. Eine Bezahlung von Klerikergehältern durch alle Steuerzahler gleich welcher Konfession, wie es derzeit bei vielen Bischofsalären der Fall ist, soll beendet werden.

Weiterhin fordern die „Laizistinnen und Laizisten“ volle Arbeitnehmerrechte für die Beschäftigten der Kirchen wie in jedem anderen Tendenzbetrieb. Die entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

Keineswegs streben die Genossinnen und Genossen ein Ende der Zusammenarbeit der SPD mit den Kirchen an. Da die Kirchen zu den wichtigen gesellschaftlichen Institutionen gehören, wird auch eine Kooperation in übereinstimmenden Positionen als wichtig und sinnvoll angesehen. Auch die Förderung gemeinnütziger Tätigkeiten und Einrichtungen wie bei anderen Trägern der Wohlfahrtspflege stehe selbstverständlich nicht zur Diskussion. (..)

Dazu: wissenrockt.de vom 21. Oktober 2010:



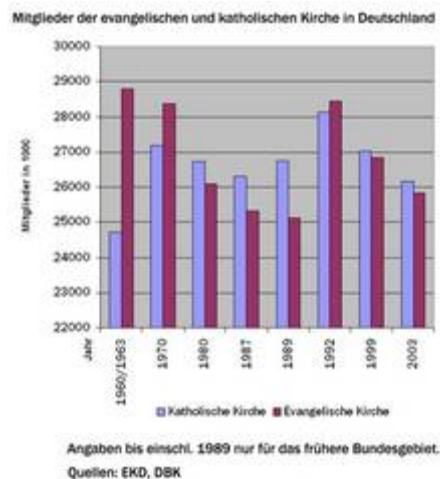
August Bebel: Ehemaliger SPD-Vorsitzender, Atheist und kritischer Aufklärer gegenüber den Kirchen.

„Es geht um Gleichbehandlung und Gleichberechtigung“, so Michael Bauer. Der gegenwärtigen religiösen Pluralität in Deutschland müsse Rechnung getragen werden, betonte der Sprecher der „sozialen und demokratischen LaizistInnen“ im Interview mit dem Fernsehsender 3sat. Genossinnen und Genossen mit laizistischer Haltung beschlossen am 16.10., einen entsprechenden Arbeitskreis in der Partei zu gründen. Ziel der Bestrebungen ist auch, dass in der Parteipolitik ein säkulares Gegengewicht zur kirchlichen Lobby etabliert wird. Die Initiative stößt auch bei anderen Parteien auf Sympathie.

„Es geht nicht darum, den öffentlichen Schutz der Kirchen in irgendeiner Form zu beschränken“, so Michael Bauer. Der religiösen Pluralität des heutigen Deutschland müsse aber Rechnung getragen werden. Seit dem Godesberger Programm von 1959, mit dem die SPD sich wieder stärker kirchlichen Interessen angenähert hatte, habe sich „einiges getan“. Er verwies hier zunächst auf die Diskussion zum Umgang mit der islamischen Religion und die künftigen Lehrstühle für islamische Theologie an Universitäten.

Michael Bauer betonte dann aber auch die seit dem Godesberger Programm veränderten gesellschaftliche Mehrheiten. Waren 1959 noch über 95 Prozent aller Menschen in Deutschland Mitglied in einer der christlichen Kirchen, sank diese Zahl bis heute auf unter 60 Prozent. Aktuelle Erhebungen gehen davon aus, dass über 34 Prozent der Einwohner konfessionsfrei sind und zwischen 40 und 80 Prozent eine nichtreligiöse Weltanschauung mit säkularen, humanistischen Prinzipien teilen. Und in fast allen Bundesländern stimmen mehr als die Hälfte der Menschen der Frage zu, ob sie überwiegend ein selbstbestimmtes Leben ohne Religion und Gott führen.

Bauer sagte, dass sich der deutsche Staat heute kaum noch als „christlich“ verstehen kann. Er traf damit eine wichtige Feststellung, gerade in der Debatte um die Chancen zur Vermittlung freiheitlicher Werte gegenüber Migranten, die einer anderen Religion angehören. Auch FDP-Generalsekretär Christian Lindner hatte kurz zuvor festgestellt, dass das Christentum nicht die deutsche Staatsreligion ist.



Es ginge deshalb darum, so Bauer weiter, dass staatliche Politik eine „Äquidistanz, also den gleichen Abstand halten sollte zu den verschiedenen Bekenntnissen und Weltanschauungen.“ Das sei das eigentliche Anliegen der Laizisten, unterstrich er. Aber die Trennung zwischen Kirchen und Staat in Deutschland hinke, was auch Verfassungsrechtler bestätigten. Dass etwa Bischöfe heute noch vom Steuerzahler finanziert werden, könne „man im 21. Jahrhundert nicht mehr hinnehmen.“ Die Grundlagen für diese Zahlungen sind überholt und widersprechen dem verfassungsrechtlichen Auftrag, diese historischen Staatsleistungen abzulösen. Carsten Frerk, Politikwissenschaftler und Kirchenfinanzexperte, schlug für diese Ablösung eine Einmalzahlung von rund 7 Milliarden Euro an.

Kirchenvertreter innerhalb und außerhalb der SPD hatten deshalb sich umgehend sehr kritisch gegenüber dem Anliegen der laizistischen Sozialdemokraten geäußert. Wolfgang Thierse, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Sprecher des Arbeitskreises der Christinnen und Christen in der SPD, verurteilte die politischen Ziele als Programm eines „kämpferischen Atheismus“. Er sei sich sicher, dass die große Mehrheit der Par-

teimitglieder diesen Arbeitskreis ablehne. Zudem, so erklärte Bundestagsvize Thierse gegenüber domradio.de, seien Menschen mit Kirchenmitgliedschaft in der SPD eine „sehr, sehr deutliche Mehrheit“. Er vergaß nicht zu betonen, dass das Verhältnis von SPD und Kirchen in den letzten Jahrzehnten immer besser geworden ist.

Auch Parteichef Sigmar Gabriel beurteilte die Aussichten für die Anerkennung des sich gründenden Arbeitskreises in einer ersten Stellungnahme zunächst als „ausgesprochen gering“. Und Robert Zollitsch, Chef der Deutschen Bischofskonferenz, wünschte sich öffentlich, dass die „Idee eines laizistischen Arbeitskreises“ keine Heimat in der SPD finden soll. Die Parteizentrale ließ am Dienstag sogar die vorläufige Internetrepräsentanz abschalten, da sie den Namen der Partei unzulässigerweise verwendet habe. Die Generalsekretärin der SPD und engagierte Katholikin, Andrea Nahles, untersagte ihren Genossinnen und Genossen die Verwendung des Parteinamens bis zur offiziellen Zulassung durch den Bundesvorstand. Die Internetpräsenz war kurz darauf mit neuer Bezeichnung wieder online.

„Ich bin sicher, dass wir unsere Genossinnen und Genossen überzeugen können, wenn wir die Gelegenheit haben, unsere Argumente auch vorzutragen“, meinte Michael Bauer zur Frage nach innerparteilichen Widerständen. Die Kritik von Thierse und anderen sei „kein Wunder“, so Bauer. Er betonte, dass die SPD eine pluralistische Partei ist und die kommende Diskussion „gut“ und „aufklärend“ sein würde. Man dürfe auch nicht vergessen, dass in der Geschichte der Partei und Arbeiterbewegung viele Errungenschaften der Aufklärung, Bürgerrechte und Demokratie aus der historischen Profilierung der SPD gegenüber den kirchlichen Ansprüchen herrührten. An diese aufklärende und humanistische Tradition wolle man anknüpfen, „ohne natürlich religiösen Mitglieder der SPD ihre Religion abspenstig zu machen.“ Die Interessen konfessionsfreier, nichtreligiöser oder ungläubiger Menschen müssten aber in der Parteipolitik vertreten werden. Unter den Laizisten gäbe es aber auch religiöse Menschen, welche die gleichen Ziele teilen.

Michael Bauer, der auch Geschäftsführer des Humanistischen Verbandes in Nürnberg ist, kennt die komplexe Differenziertheit des Finanzierungsgeflechts der Kirchen aus eigener Erfahrung. Und dass nicht jede staatliche Finanzspritze an die Kirchen auf überholten Rechtstiteln oder verfassungswidrigen Verstrickungen zwischen Kircheninteressen und staatlichen Finanztöpfen beruht, weiß er auch. Denn an der Übernahme öffentlicher Aufgaben oder der Wahrnehmung von Grundrechten, so etwa im Rahmen freier Trägerschaften, hat auch der Humanistische Verband in Nürnberg teil. Zwischen legitimen und fragwürdigen Zahlungsansprüchen weiß Bauer daher wohl zu unterscheiden. Und daran, dass die Kirchen nun zukünftig öffentlich finanzierte Krankenhäuser, Schulen oder Altersheime schließen müssten, hat der Laizist sicherlich kein Interesse. Der „kämpferische Atheismus“, vor dem Thierse schon vor Monaten warnte, hat im Laizisten Bauer keinen Vertreter.

Trotz Widerstand von den Kirchenmitgliedern an der Parteispitze erhält die Initiative Unterstützung von der Parteibasis. Die Jusos Rheinland-Pfalz begrüßten die laizistischen Bestrebungen in der SPD, deren Ziele in der Jugendorganisation bereits mit einem eigenen Arbeitskreis vertreten werden. Sie betonten dabei, dass in einem vielfältigen, weltanschaulich pluralen und toleranten Staat der Neutralität in Fragen der Religion mehr Nachdruck verschafft werden müsse.

Laizisten-Sprecher Michael Bauer erklärte derweil außerdem, dass „dass inzwischen auch aus anderen Parteien Anfragen kommen, ob man nicht eine parteiübergreifende Initiative zur Reform der Staat-Kirche-Beziehungen starten sollte.“

Am konkretesten fordern dabei derzeit die Grünen in Bayern die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften und plädieren insbesondere für die „Ablösung der besonderen Rechte der christlichen Kirchen“. In einem Bericht für den kommenden Parteitag der bayerischen Grünen heißt es: „In einem weltanschaulich neutralen und demokratischen Staat werden alle anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als gleichwertig angesehen. Es findet keine Bewertung und keine inhaltliche Einmischung statt.“

So soll die staatliche Bezahlung der Bischöfe und anderer Würdenträger abgelöst, der Kirchensteuereinzug beendet und die kostenfreie Zurverfügungstellung von Gebäuden der öffentlichen Hand beendet werden. Ziel der grünen Politik ist dabei, der Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft in Deutschland eine tragfähige rechtliche Grundlage zu schaffen, die alle Weltanschauungsgemeinschaften grundsätzlich gleich berechtigt.

Die bayrischen Grünen gründen ebenfalls einen Landesarbeitskreis Laizismus.

Stattfinden soll das am Freitag, 17. 12. 2010, in der Landesgeschäftsstelle der Grünen.

Dazu ein interner Text: *"Der LAK Laizismus soll bayerische Grüne versammeln, die sich für die Trennung von Kirche und Staat engagieren, kirchliche Privilegien abschaffen und das Verfassungsgebot einer säkularen Gesellschaft umsetzen wollen. Das beschert uns einen bunten Strauß an Themen, genant seien hier nur beispielsweise die Zahlungen des Staates an die Kirchen aufgrund der Konkordate, der Religionsunterricht, religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden, die Privilegierung von Tendenzbetrieben, der Kirchensteuereinzug durch das staatliche Finanzamt, die Bezahlung der Bischöfe durch den Staat, der Einfluss und die Privilegien der Kirchen im öffentlichen Rundfunk, der Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts etc etc etc."*

Zurück in die österreichische Wirklichkeit

Die österreichische Gemütlichkeit und der österreichische Opportunismus lassen befürchten, dass eine Entwicklung zur organisierten Laizität in den Parteien hierzulande eher nicht zu erwarten ist. Solange mehr als fünf Millionen ÖsterreicherInnen Mitglied der katholischen Kirche sind, wird man sich vorsichtshalber so verhalten, als ob fünf Millionen eher auf Pfarrer und Papst hören könnten als auf Parteienbotschaften. Was zwar völliger Unsinn ist, aber man weiß ja nie, womöglich sind die Leute doch insgeheim religiöser als man glaubt. Darum tut man lieber ein bisschen fromm und vergisst ganz darauf, dass auch die Unfrommen wahlberechtigt sind. Leider sind wir defakto nicht organisiert. Es gibt zwar einige Vereine, aber die sind klein, oft mit inneren Streitereien beschäftigt und zeigen selten Außenwirkungen.

Zurzeit laufen wieder die Bemühungen, die No-god-Plakataktion von 2009 zu wiederholen. Die zuständigen - zumeist in öffentlicher Hand befindlichen - Firmen lehnten auch heuer wieder ab. Man wird es sich auch heuer nicht gefallen lassen. Die Ungläubigen sind Staatsbürger mit staatsbürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten, das sollte man die Parteien des Öfteren deutlich wissen lassen! Auf Dauer werden wir uns diese weltanschauliche Diskriminierung sicherlich nicht unwidersprochen bieten lassen.

Im wirklichen Leben ist das christliche Zeitalter schließlich vorbei. Wenn dieser Tage die Zeitschrift FORBES in ihrer Hitparade der wichtigsten Gestalten Papst Ratzinger an die fünfte Stelle setzte und dazu meinte, er sei "die höchste irdische Autorität für 1,1 Milliarden Seelen", dann lachen ja nicht einmal die Hühner. Die katholische Kirche hat 1,1 Milliarden Mitglieder, der überwältigende Großteil davon hält den Papst - höflich gesagt - für einen weltfremden alten Mann mit verschrobene[n] Ansichten. Die Politik wäre gut beraten, das auch so zu sehen, mehr mit der Realität zu rechnen, statt mit belanglosen Seltsamkeiten aus der Vergangenheit. Man sollte endlich versuchen, auch religionsfreien Menschen näher zu kommen. Zum Beispiel durch laizistische Arbeitskreise.